

Strategie für die Jugend in Brandenburg – Jetzt!

Wir fordern die Vertreter_innen der Parteien im Brandenburger Landtag sowie die Landesregierung auf, die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen als eigenständiges Politikfeld anzuerkennen und damit der Bedeutung junger Menschen für die Zukunft Brandenburgs gerecht zu werden.

Wir fordern weiterhin die Landesregierung dringend auf, auf Grundlage der bereits bestehenden Initiativen:

1. EU-Jugendstrategie sowie

2. Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft

endlich eine spezifische jugendpolitische Strategie des Landes Brandenburg zu entwickeln und dabei die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe, der Schulpolitik und der Familienpolitik systematisch und bereichsübergreifend einzubeziehen.

Begründung:

1. EU Jugendstrategie

Im November 2009 wurde die Jugendstrategie der Europäischen Union verabschiedet. Um diese erfolgreich in Deutschland umzusetzen, haben die Bundesländer bereits im Juni 2010 auf ihrer Jugend- und Familienministerkonferenz eine entscheidende Grundlage geschaffen. Einstimmig nahmen sie einen Beschluss an, in dem sie die Jugendstrategie als "eine große Chance für die Weiterentwicklung der Jugendpolitik in Deutschland" bezeichnen und die nationale Umsetzung der EU-Jugendstrategie für geeignet halten, die Lebenslagen junger Menschen zu verbessern. Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) bekräftigte die Bereitschaft der Bundesländer, sich aktiv bei der Umsetzung der Jugendstrategie in Deutschland zu engagieren.

Zurzeit werden folgende Schwerpunkte in der Umsetzung der EU-Jugendstrategie gesetzt:

grenzübergreifende Mobilität als Lernfeld im Kontext der Gestaltung von Übergängen zwischen Schule und Beruf, Partizipation junger Menschen in der Ausgestaltung von Angeboten der Jugendsozialarbeit im Übergangsbereich nicht formale Bildung als besondere Qualität von Jugendhilfeangeboten im Übergangsbereich.

Die Länder haben sich dazu verpflichtet, die regionale und lokale Umsetzung im Rahmen der eigenen Zuständigkeit aktiv zu befördern und dazu in jeder Obersten Landesjugendbehörde eine für die Umsetzung der europäischen Jugendstrategie zuständige Stelle zu bestimmen.

2. „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (BMFSFJ 2014)

Eigenständige Jugendpolitik richtet sich an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie eröffnet gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten, die für junge Menschen attraktiv sind, so dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Eigenständige Jugendpolitik ist vorbeugend und ausgleichend, sie ermöglicht allen Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen faire Chancen. Besondere Unterstützung bietet sie jungen Menschen, die unter erschwerten Bedingungen leben oder die den gesellschaftlichen Anforderungen noch nicht gewachsen sind.

Eigenständige Jugendpolitik fördert geeignete Verfahren und Strukturen wie Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse, damit Jugendliche ihre Interessen geltend machen können. Jugendliche sollen mitentscheiden, wie ihre Lebenswelten gestaltet werden und wie ihre Zukunft beeinflusst wird. Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache und steuern Wesentliches zu gesellschaftspolitischen Themen bei.

Eigenständige Jugendpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur mit allen relevanten Akteuren – unter anderem Schule, Jugendhilfe, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und der jungen Generation selbst – erfolgreich gestaltet werden kann.

Eigenständige Jugendpolitik macht Potenziale und Chancen, die unsere Gesellschaft durch die Jugend erhält, sichtbar und erfahrbar. Sie wertschätzt das Engagement Jugendlicher und befördert ihr positives Bild in der Öffentlichkeit.

3. Kinder- und Jugendstrategie des Landes Brandenburg

Im Land Brandenburg ist Politik für Kinder und Jugendliche immer noch verteilt auf Zuständigkeiten unterschiedlicher Ressorts, den Handlungsfeldern der Jugendhilfe, der schulischen und beruflichen Bildung sowie der Familienpolitik und damit wenig effektiv und sachgerecht. Eine kohärente Politik für ein gelingendes Aufwachsen muss sich an zu entwickelnden Leitzielen orientieren und erfordert abgestimmte Entscheidungen. Um dies zu erreichen, ist die Entwicklung einer spezifischen Kinder- und Jugendstrategie zwingend erforderlich.

Luckenwalde, den 27.06.2015